

Nein zur Pinochet-Verfassung
Vor einem Jahr ist in Chile eine Protestbewegung erwacht. Das Plebiszit über die Verfassung ist ihre erste Errungenschaft.
Seite 3

Leben statt Verfall
Auf dem Areal der einstigen FDJ-Hochschule am Bogensee bei Berlin könnten Tausende Wohnungen entstehen.
Seite 9

Klau dir deine Kunst
Eine Künstlergruppe hat ein Werk von Joseph Beuys entführt und nach Afrika gebracht – so behauptet ein Bekennervideo.
Seite 14

Nr. 248

Freitag, 23. Oktober 2020

75. Jahrgang

Preis: 2,00 €

STANDPUNKT

Panik ist ein mieser Ratgeber

Kurt Stenger über die Gefahr eines blinden Corona-Aktionismus

Es ist erschreckend, dass die Anzahl der registrierten neuen Corona-Infektionen erstmals die Marke von 10 000 überschritten hat. Vor allem der erneut starke Anstieg bietet natürlich Anlass zur Sorge. Aber man darf sich auch nicht panisch machen lassen: Die hohen Zahlen sind ein klarer Beleg dafür, dass die Teststrategie weit besser funktioniert als im Frühjahr. Im April lag die Zahl der schweren Covid-19-Fälle dreimal so hoch wie heute – bei deutlich weniger entdeckten Infektionen.

Auch was die – zu unterbrechenden – Infektionswege und die Wirksamkeit von Maßnahmen angeht, weiß man heute deutlich mehr. Damals waren wir mit einer völlig unbekanntem Gefahr konfrontiert, weshalb Maximalmaßnahmen wie der Lockdown nachvollziehbar waren. Heute geht es um zielgenaues Reagieren und den besseren Schutz von besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Das Problem ist, dass die Politik, die die vergangenen Monate verbummelt hat, nun wieder in blinden Aktionismus verfällt. Wirklich übel ist, dass die versprochene Stärkung des Gesundheitssektors samt seiner Beschäftigten ausgeblieben ist. Viele kommunale Gesundheitsämter können die extrem wichtige Aufgabe der raschen Kontaktverfolgung wegen der Masse der Fälle kaum noch leisten.

Da wir heute viel mehr über Corona wissen, darf es auch nicht erneut dazu kommen, dass die Exekutive an Parlamenten vorbei durchregiert und dabei auch noch diejenigen den Ton angeben, die ständig neue, härtere Maßnahmen verlangen. Wir befinden uns schon in der grotesken Situation, dass die Politik Maßnahmen wie die Maskenpflicht in Fußgängerzonen beschließt, die selbst in der Ärzteschaft als überzogen kritisiert werden. Panik ist eben auch in der Pandemie ein schlechter Ratgeber.

UNTEN LINKS

Jetzt geht alles wieder von vorne los. Wie im Film, in dem der Wetteransager Phil Connors einen Tag so oft immer wieder von vorn erlebt, bis er alles richtig macht und sich in einen besseren Menschen verwandelt hat. Wir alle sind Phil Connors – mitten in der zweiten Welle. Was also tun, damit am Ende alles gut ausgeht? Zunächst einmal müssen wir uns über die Methode klar werden, und hier wird schnell deutlich: Wir haben uns für »Trial and Error« entschieden – also: versuchen, scheitern, wieder versuchen, besser scheitern. Grund für diese Annahme ist die Tatsache, dass der Mensch extrem lernfähig und -willig ist. Wir sind nämlich einen gehörigen Schritt weiter, wenn eine Internetseite gerade kurz vor dem Kollaps steht, auf der man seinen tatsächlichen Toilettenpapierbedarf errechnen kann. Als Faustregel, damit Sie sich das Eingeben der komplizierten mathematischen Formel sparen können, gilt: eine Rolle pro Person pro Woche. Alles, was darüber hinausgeht, fällt in die Kategorie »Super-Hamstere«, und diese unschönen Bilder will wirklich niemand noch mal sehen. cod

Krisenindikator
Klopapier

Angesichts der steigenden Zahl von Corona-Infektionen wächst die Sorge vor einem erneuten Lockdown. Für die deutsche Wirtschaft wäre er wohl verheerend

Mit diesem Vorrat an Zellulose-Erzeugnissen könnte ein Single einen mehrmonatigen Lockdown überstehen.

Berlin. In Deutschland ist die Anzahl der Corona-Neuinfektionen zum ersten Mal fünfstellig, die innerdeutschen Risikogebiete sprühen wie Pilze aus dem herbstlichen Boden. Mancherorts sind schon wieder die Toilettenpapierregale leergekauft und sogar auf das nächste Dschungelcamp, eine Ikone des deutschen Trash-TV, müssen die geeigneten Zuschauer verzichten. Im europäischen Ausland sieht es zum Teil noch schlechter aus: Mit Irland und Tschechien befinden sich bereits zwei Länder in einem erneuten Lockdown. Im Prinzip ist es derzeit fast schon einfacher anzugeben, welche Region in Europa gerade kein Risikogebiet

ist. Kurz: Die Covid-19-Pandemie hat Europa und die Bundesrepublik derzeit fest im Griff. Und die Befürchtungen wachsen, dass – sollten die Infektionszahlen nicht unter Kontrolle gebracht werden können – die Politik auch hierzulande wieder zum letzten Mittel eines Lockdowns greift.

So weit muss es nicht zwangsläufig kommen. Laut Robert-Koch-Institut besteht weiterhin die Chance, durch Einhalten von Abstands- und Hygieneregeln, das Tragen eines Mund-Nase-Schutzes und regelmäßiges Lüften die Virus-Ausbreitung zu verlangsamen.

Sollte das allerdings nicht gelingen und in der Tat auch in Deutschland das tägliche

Leben erneut komplett heruntergefahren werden, drohen nach Einschätzung des linken Ökonomen Rudolf Hickel drastische Folgen für die deutsche Wirtschaft. Im nd-Interview erklärt Hickel, dass die Schäden »bereits sehr groß« seien. »Besonders kleine und mittlere Betriebe, die auch die lokale Ökonomie prägen, hat es getroffen«, so Hickel. Ein zweiter flächendeckender Lockdown wie im Frühjahr »mit der Schließung von Geschäften, der Gastronomie und der Reisebranche würde zur Demontage von Unternehmen, Massenarbeitslosigkeit, sozialer Spaltung und politischer Destabilisierung führen«, so Hickel. mdr



FOTO: PHOTOCLIX

CORONA AKTUELL

- Fehl einschätzung: Rudolf Hickel zur Idee der schnellen Schuldentilgung Seite 2
- Verpasste Chance: Was die Politik versäumt hat Seite 4
- Zwei Fronten: Spaniens Regierung kämpft mit Corona und den Rechten Seite 7
- Glanzlos: In Berlin wurde der erste Weihnachtsmarkt abgesagt Seite 10

Höhere Stromkosten belasten die Ärmsten

Hartz-IV-Satz deckt bei Weitem nicht die steigenden Energiepreise

Die Strompreise haben sich für Deutschlands Privathaushalte im ersten Halbjahr 2020 erhöht. Besonders einschneidend ist das für Menschen im Hartz-IV-Bezug.

LISA ECKE

Im ersten Halbjahr 2020 stiegen die Strompreise im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2019 um 6,8 Prozent auf durchschnittlich 31,94 Cent pro Kilowattstunde, teilte das Statistische Bundesamt am Donnerstag mit. Gründe für den deutlichen Strompreisanstieg führten die Statistiker auf höhere Netzentgelte sowie höhere Kosten für die Strombeschaffung und den Vertrieb zurück.

Was manche nicht einmal an ihrem Kontostand bemerken, bringt andere in große Not. Für eine allein lebende Person, die Hartz IV beziehen muss, sind laut der zugrunde liegenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 35,30 Euro im Regelsatz zur Zahlung der Stromkosten vorgesehen. Das Vergleichsportal Check24 hatte bereits Anfang des Jahres berechnet, dass sich die Stromkosten eines Singlehaushalts, bei einem Verbrauch von 1500 Kilowattstunden, im Bundesdurchschnitt auf 43,17 Euro im Monat belaufen. Für Betroffene, die Strom

von örtlichen Grundversorger beziehen, ist die Lücke zwischen tatsächlichem Bedarf und dem Posten im Regelsatz sogar noch größer. Hier liegen die durchschnittlichen Stromkosten bei 48,75 Euro im Monat, Betroffenen fehlen demnach jährlich etwa 161 Euro.

Das Vergleichsportal Verivox kommt Ende August zu einem Fehlbetrag von 197 Euro im Jahr. Zu einem günstigeren Stromanbieter zu wechseln ist zudem besonders für Menschen in Armut wegen der Bonitätsprüfung nicht leicht. Und selbst wenn sie vom teureren Grundversorger wechseln können, dürfen sie nicht einmal die oft gezahlte Wechselprämie behalten. Diese wird ihnen als Einkommen mit dem Regelsatz verrechnet. Das geht aus einem Urteil des Bundessozialgerichts in Kassel von letzter Woche hervor. Ein zusätzliches Problem ist auch, dass im Regelsatz kein Geld für neue, stromsparende Elektrogeräte vorgesehen ist.

Während die Stromkosten vom Regelsatz bezahlt werden müssen, wird bei Heiz- und Mietkosten je nach tatsächlichem Bedarf gezahlt. Anfang Oktober teilte die Bundesnetzagentur mit, dass im Jahr 2018 rund 289 000 Haushalte wegen unbezahlter Rechnungen der Strom abgestellt worden ist. »Energie ge-

hört wie ein Dach über dem Kopf zum Existenzminimum«, kommentierte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Auch die Linke fordert, Stromkosten extra und nicht als Teil des Regelsatzes zu zahlen. Verbraucherschützer riefen die Energiekonzerne am Donnerstag zu Strompreissenkungen auf.

Nato treibt Rüstung im All voran

Militärische Weltraumüberwachung soll in Ramstein koordiniert werden

Brüssel. Die Nato-Verteidigungsminister begannen am Donnerstagmorgen eine zweite Tagung per Videokonferenz. In der ersten Runde ging es zunächst um den Stand bei der Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie um die Bewertung von Schwächen in der zivilen Infrastruktur. Darüber hinaus wollen die Minister den Aufbau eines Weltraumzentrums beschließen, um Satelliten vor Angriffen und Gefahren zu schützen. Es soll beim Luftwaffenkommando der Allianz im Rheinland-pfälzischen Ramstein angesiedelt werden. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, betonte dazu, der Weltraum sei »schon lange eine Dimension, die es militärisch zu schützen gilt«.

Am Freitag befassen sich die Minister mit den Plänen für einen Truppenabzug aus Afghanistan. Er könnte abhängig von den Friedensverhandlungen der radikal-islamischen Taliban mit der afghanischen Regierung bis Mai kommenden Jahres erfolgen. Auf der Agenda steht auch die Ausweitung des Nato-Einsatzes im Irak. AFP/nd Kommentar Seite 8

nd
DIE WOCHE

Lesen Sie morgen:

- Zweifelhafte Netzkultur Bundeswehr rechts um?
- Kleine Statue, großer Streit Berlins »Trostfrauen«-Denkmal
- Tief, tiefer, am tiefsten Deutschlands beste Taucherin

